



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIII/115 - 23. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	"Uns verbindet die gemeinsame Grundauffassung und gemeinsames Wollen" Interview mit Waldemar v. Knoeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD	108
4 - 5	Italien ohne Wahlfieber Überraschungen nicht erwartet	70
6 - 7	Die "isolierte" Sozialdemokratie Ausländische Gäste in Stuttgart	75
8	Wird auch das Schweigen verboten? München exerziert Polizeimethoden	54

* * * * *
* * * * *

Zur Beachtung: Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Dienstag, dem 27. Mai 1958

* * *

"Uns verbindet die gemeinsame Grundauffassung
und gemeinsames Wollen "

Frage: In der deutschen Öffentlichkeit ist schon während des Parteitag und besonders jetzt nach der Wahl des Parteivorstandes die Frage erörtert worden, ob "Stuttgart" einen Ruck nach "rechts" oder nach "links" bedeute. Wie würden Sie diese Frage beantworten, Herr v. Kneeringer?

Antwort: Ich halte diese Frage für völlig gegenstandslos. Gerade die Diskussion auf dem Parteitag und die politischen Entschliessungen, die von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden, zeigen mehr als deutlich, dass von "links" oder "rechts" überhaupt keine Rede sein kann. Der Parteitag hat sich zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus bekannt. Das bedeutet, dass die SPD jede totalitäre Idee von rechts und links ablehnt und bekämpfen wird. Überhaupt bin ich der Meinung, dass diese Katalogisierung einer Partei des modernen und dogmatischen Sozialismus in jeder Beziehung überholt ist. Der moderne demokratische Sozialismus ist im Begriff, zum Sammelpunkt aller derjenigen politisch lebendigen Kräfte zu werden, die verstanden haben, dass weder der staatskapitalistische Kommunismus des Ostens noch der egoistische Materialismus und Kapitalismus des Westens in der Lage sind, die Probleme der Gegenwart zu lösen. Überall wo der demokratische Sozialismus zurückgedrängt wird, wachsen die Gefahren für die Freiheit. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist durch diesen Tatbestand gestellt: sie kann weder "links" noch "rechts" sein; sie muss und wird eine Partei sein, die in ihrer grundsätzlichen Haltung und in ihrer Aktion die verderbbringenden Kräfte zurückdrängt.

Frage: Bei der unterschiedlichen Beurteilung dieses Parteitages und bei den zahlreichen Vermutungen darüber, ob nun die "Reformer" gesiegt haben oder nicht, würde uns natürlich Ihre rein persönliche Meinung interessieren.

Antwort: Ich halte die Bezeichnung "Reformer" für absurd. Jeder aktive Sozialdemokrat ist ein "Reformer". Jeder von uns steht in dieser Partei mit dem Willen, durch die politische Aktion das Leben der Menschen menschwürdiger zu machen. Wenn dem nicht

so wäre, dann hätte die deutsche Sozialdemokratie schon längst vor der Geschichte kapitulieren müssen. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ein ständiges Ringen um den "besten Weg". In diesem Ringen treten gelegentlich Persönlichkeiten hervor, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mehr auf sich lenken als die stillen Baumeister. Aber alle sind sie "Reformer" im besten Sinne des Wortes. Wären sie es nicht, dann wären sie nicht Sozialdemokraten. Ich habe wirklich den Wunsch, dass nach diesem Stuttgarter Parteitag die deutsche Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis nehmen möge, wie geschlossen die Sozialdemokratie ist und wie weit davon entfernt, sich durch die Etikettierung einzelner ihrer Mitglieder und führenden Persönlichkeiten auseinandermanövrieren zu lassen.

Frage: Eine Stuttgarter Zeitung hat ihren Leitartikel mit der Überschrift "SPD in Bewegung" versehen. Wie beurteilen Sie diese Wertung des SPD-Parteitages?

Antwort: Nun, bei aller Sorge, die sich angesehene Publizisten um die deutsche Sozialdemokratie und damit um das Schicksal der deutschen Demokratie machen mögen - eine Sorge, die ich durchaus respektiere - sollte man doch dazu übergehen, die ständige Bewegung in der SPD als eine Selbstverständlichkeit zu betrachten. Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als beobachte man mit Arguseugen diese oder jene Regung innerhalb unserer Partei. Es wäre um eine Partei von über 600 000 Mitgliedern und um einen Parteitag der SPD mit annähernd 400 Delegierten sehr schlecht bestellt, wenn der Drang zur Bewegung nicht immer zum Ausdruck kommen würde. Nicht nur wir haben gerade in der gegenwärtigen Situation, in der uns als Folge einer falschen Regierungspolitik der Atontod belauert, eine "heilige Unruhe" in uns. Sie könnten diese Unruhe auch als "Bewegung" bezeichnen. Ich halte dies für ein Positivum. Je mehr neue Kräfte in der Partei nach vorn drängen, je stärker die Jugend um den ihr angemessenen Platz auch in der Führung ringt, umso grösser ist unsere Hoffnung, dass die Partei den richtigen Weg finden wird. Mir selbst wäre nichts unangenehmer, als einer der stellvertretenden Vorsitzenden einer Partei zu sein, in der man das

kaben müsste, dass sich nichts bewegt. Jedenfalls bin ich fest entschlossen, meinen Teil dazu beizutragen, um die besten Kräfte in der SPD ständig "in Bewegung" zu halten.

Frage: Können Sie uns sagen, was Sie auf diesem Parteitag besonders beeindruckt hat?

Antwort: Ich empfinde tiefe Freude darüber, dass es gelungen ist, vor allem auch die Probleme, mit denen ich mich bisher besonders beschäftigt habe - das ist die Kulturpolitik im weitesten Sinne und die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Problemen unserer Zeit - so stark in den Vordergrund gerückt sind, dass von der Lösung dieser Probleme entscheidend die Gestaltung unserer Zukunft abhängt.

Frage: In zahlreichen Zeitungen wurde die Behauptung aufgestellt, die Position des wiedergewählten Vorsitzenden Erich Ollenhauer sei nach diesem Parteitag erschüttert. Können Sie uns Ihre Meinung dazu sagen?

Antwort: Der Parteitag hat mit grosser Mehrheit Erich Ollenhauer wieder zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Das ist eine politische Demonstration. Ollenhauer ist der unumstrittene Vorsitzende unserer Partei, dessen Klugheit, ausgleichendes Wesen und Klarheit in der Zielsetzung von allen anerkannt wird. Es gibt nicht viele Männer, die wie Ollenhauer geeignet sind, unvermeidliche Spannungen - und wie ich hinzufügen möchte, fruchtbare Spannungen - wie sie in einer grossen demokratischen Partei nur natürlich sind, auszugleichen. Das weiss die Partei, wie das Wahlergebnis bei der Vorstandswahl gezeigt hat. Ich halte Ollenhauer auch für den Mann, auf dessen in bewegter Zeit gereifte Erfahrung die Partei nicht verzichten kann. Es bedarf keiner besonderen Versicherung: Der neue Parteivorstand wird Erich Ollenhauer bei der Erfüllung seiner grossen Aufgabe treu zur Seite stehen. Man soll niemals vergessen, dass eine gemeinsame Grundauffassung und gemeinsames Wollen uns alle eng miteinander verbindet.

Italien ohne Wahlfieber

E.P.- Rom

Man wird das Klima der italienischen Wahlen in diesem Mai 1958 wohl am besten durch die Formel kennzeichnen können: "Wahlen ohne Wahlfieber". Diese Formel drängt sich insbesondere demjenigen Beobachter auf, der Gelegenheit gehabt hat, auch die beiden vorausgegangenen Wahlkampagnen des republikanischen Italien, die des Jahres 1948 und die des Jahres 1953, im Lande mitzerleben. Von der hektisch aufgeregten Stimmung, die damals in allen Kreisen der Bevölkerung herrschte, war diesmal bis zuletzt nicht die Spur zu merken. Gewiss, die Parteien haben überall zahllose Wahlversammlungen veranstaltet, haben viele Millionen von Propaganda-Blättern verteilt, haben Lautsprecherwagen, Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt, aber die Bevölkerung verhielt sich zum allergrössten Teil passiv und interesselos, und nur die prominentesten Parteiführer konnten bei ihren Versammlungen einen wirklichen Massenzustrom verzeichnen, während die meisten anderen Versammlungen an einem krassen Mangel an Teilnehmern litten.

Der Wahlausgang bildete diesmal auch bis in die allerletzten Tage nicht das allgemeine Gesprächsthema, wie dies bei den früheren Anlässen dieser Art der Fall gewesen ist, ganz im Gegenteil - eine Art stillschweigendes Übereinkommen schien diese Frage von den Diskussionen auszuschliessen, so als hätte der Wahlausgang keinerlei Wichtigkeit für die Allgemeinheit.

Diese auffallende Phänomen lässt sich wohl weitgehend mit der Überzeugung der grossen Mehrzahl der Bevölkerung erklären, dass sich auf keinen Fall wesentliche Veränderungen im politischen Kräftespiel des Landes ergeben würden. Auch fehlte es diesmal an den grossen, klar geschnittenen Alternativen, wie sie für die Wahlen von 1948 und 1953 kennzeichnend gewesen waren. 1948 ging es um den Fortbestand der Demokratie überhaupt, um die bange Frage, ob es den Kommunisten und ihren Verbündeten gelingen werde, die Mehrheit zu erlangen und damit auf legalem Wege Italien in eine Volksdemokratie zu verwandeln. 1953 wieder ging es in erster Linie um die berüchtigte "legge truffa", um das von der Regierung de Gasperi eingeführte Wahlgesetz, das der Democrazia Cristiana und den mit ihr verbündeten Mittelparteien eine unerschütterliche parlamentarische Mehrheit sichern sollte. Dieses "betrügerische"

Wahlgesetz lieferte den Kommunisten einen ausgezeichneten Agitationsstoff und trug zweifellos viel dazu bei, dass die Democrazia Cristiana damals stark geschwächt aus den Wahlen hervorging.

Diesmal aber hatte das Land weder den Eindruck, von einer unmittelbaren kommunistischen Gefahr bedroht zu sein, noch stand ein fragwürdiges Wahlgesetz zur Diskussion. Zwar ist in allerjüngster Zeit die alte Kontroverse zwischen Klerikalen und Antiklerikalen zu unerwarteter Heftigkeit aufgeflammt, aber dieses Thema allein konnte doch die Bevölkerung kaum in wirkliche Erregung versetzen.

Man darf sich daher nicht wundern, wenn eine demoskopische Untersuchung, die nicht lange vor den Wahlen in Italien vorgenommen wurde, zu dem Resultat geführt hat, dass nicht weniger als 11 Millionen Italiener sich noch nicht entschlossen hatten, welcher Partei sie eigentlich am Wahltag ihre Stimmen geben sollten. Eine andere, ähnliche Untersuchung ergab, dass die grosse Mehrheit aller Befragten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die wichtigste Aufgabe jeder italienischen Regierung hält. Da die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit jedoch in den Programmen sämtlicher Parteien eine führende Stellung einnimmt, lässt sich die Ratlosigkeit und Unentschlossenheit so vieler Wähler durchaus verstehen.

In den Briefkastenrubriken der grossen italienischen Wochenzeitungen sind in letzter Zeit immer wieder Zuschriften veröffentlicht worden, in denen jugendliche Leser um Rat fragten, welche Partei sie denn eigentlich wählen sollten. Die Schreiber wiesen darauf hin, dass sie zum ersten Mal zu den Urnen schreiten sollten, ohne in ausreichender Weise auf diesen wichtigen staatsbürgerlichen Akt vorbereitet worden zu sein. Hier liegt offenkundig ein schweres Versäumnis der für die Aufklärung der Jugend verantwortlichen Stellen vor, das umso gefährlicher ist, als je die Zahl der jungen Männer und Frauen, die seit 1953 das wahlfähige Alter erreicht haben, die Millionenziffer erheblich überschreitet. Dann leider erhalten, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die radikalen Parteien von rechts und links gerade aus den jüngsten Wählerschichten einen unverhältnismässig starken Zustrom.

Die "isolierte Sozialdemokratie

Von Heinz Putzrath

Trotz des Märchens von der "isolierten" SPD ist es eine Tradition, auf sozialdemokratischen Parteitag eine grosse Anzahl Gäste von ausländischen sozialistischen Parteien willkommen zu heissen. Auch der Parteitag in Stuttgart war ein eindeutiger Beweis, nicht nur für das Interesse dieser Bruderparteien, sondern auch für die weitgehende Übereinstimmung in vielen Fragen der Tagespolitik, wie sich aus einer Reihe von internen Besprechungen ergab.

Das Interesse manifestierte sich u.a. auch in der Auswahl der Delegierten. Die Labour-Party entsandte nicht nur Hugh Gaitskell, den Führer der Opposition und voraussichtlichen Regierungschef nach den Neuwahlen, sondern auch Tom Driberg, ihren zur Zeit 1. Vorsitzenden. Gaitskell, der bei einem zweijährigen Aufenthalt in Wien die deutsche Sprache ausgezeichnet erlernt hat, folgte den Beratungen mit grosser Anteilnahme.

Für Dänemark kam neben Iv Kolbjorn der Abgeordnete des Parlaments der seit langem Mitglied des Parteivorstandes und Verfasser mehrerer Bücher ist, der stellvertretende Vorsitzende der Partei Alsing Andersen. Andersen ist neben seiner vielfältigen Tätigkeit in seinem eigenen Lande, in dem er mehrere Ministerposten bekleidete, vor allem in der letzten Zeit bekannt geworden als Vorsitzender des Ungarn-Ausschusses der Vereinten Nationen. Darüber hinaus wählte ihn der letzte Kongress der Sozialistischen Internationale im Vorjahre zu seinem Präsidenten. Andersen ist mit vielen deutschen Sozialdemokraten schon aus der Zeit der Jugendarbeit bekannt und beherrscht auch die Sprache unseres Landes. Der Sekretär der Sozialistischen Internationale, Albert Carthy, ein Engländer, wohnte den Beratungen fast bis zum Ende bei und verkündete mit besonderem Stolz, dass er sich im Rahmen dieses Kongresses besonders wohlfühle, da er vor rund 25 Jahren bei einem längeren Studienaufenthalt in Berlin Mitglied der SPD war und zum Beweis sogar seine alte Mitgliedskarte vorseigen konnte.

Die skandinavischen Länder waren weiter vertreten durch den Sekretär der norwegischen Arbeiterpartei, Haakon Lie, und den Schweden Walter Aman, Mitglied des Reichstages und Parteivorstandes, sowie durch Sven Beckius, dem internationalen Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Schwedens. Die Sozialistische Union Ost- und Mittel-

europas entsandte ihren Vorsitzenden Zygmund Zarenba, einen früheren Abgeordneten des Parlaments und ihr letzter Vorsitzender. Auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Walter Bringolf, Bürgermeister von Schaffhausen und Mitglied des Nationalrats, hatte sich eingefunden.

Die österreichische Sozialistische Partei entsandte ihren Vorsitzenden, den Vizekanzler Dr. Pittermann, der den Beratungen deshalb mit grösster Aufmerksamkeit beiwohnte, weil wenige Tage vor Beginn des Stuttgarter Parteitages in Wien eine Konferenz zu Ende ging, die sich ebenfalls mit der Verabschiedung eines neuen Grundsetzprogramms befasste. Pittermann wurde begleitet von dem Zentralsekretär der Partei Alois Piperger und von Dr. Benedikt Kautsky, dem das Verdienst zukommt, den grössten Teil des österreichischen Programms entworfen zu haben. Er ist der Sohn des bekannten sozialdemokratischen Theoretikers Karl Kautsky. Die Sozialdemokratische Partei Kanadas wurde durch Henry Weisbach vertreten, der erst vor etwa zehn Jahren als sudetendeutscher Flüchtling nach Kanada ging und sehr bald zum Vorstandsmitglied seiner Partei gewählt wurde. Er kann auf eine lange Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei des Sudetenlandes zurückblicken. Die französischen Sozialisten waren durch Müller, Oberbürgermeister in Mühlhausen, Elsass, und die holländischen Sozialisten durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden, H. Vos, vertreten.

Schliesslich war es von grösster Bedeutung, dass zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg ein Vertreter der Israelischen Arbeiterpartei, welche die Geschicke ihres Landes seit der Staatsgründung leitet, nach Stuttgart entsandt wurde. Horzel Berger ist Chefredakteur einer der wichtigsten und grössten Zeitungen Israels neben seinen Funktionen als Mitglied des Parlaments und des Parteivorstandes. Seiner Anwesenheit wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, dass die schon bestehenden guten Verbindungen zu Israel dadurch weiter gestärkt wurden.

Die Liste wäre nicht vollständig, wenn man zu erwähnen vergässe, dass bei Ende des Parteitages der Gründer der sozialistischen Partei Indiens und auch heute noch einer ihrer wichtigsten Sprecher im Parlament, Jayaprakash Narayan, eintraf und mit zwei seiner Freunde die Gelegenheit suchte, sich über die deutsche Partei eingehend zu informieren.

Die Anwesenheit von Vertretern fast aller Erdteile hat die SPD mit grosser Genugtuung erfüllt, und aus den Gesprächen, welche diese Vertreter mit ihren deutschen Freunden hatten, ging hervor, wie sehr sie die sichtbare Vitalität und das wachsende Selbstbewusstsein der SPD zu schätzen wissen.

Wird auch das Schweigen verboten ?

K.J. Mit in die erste Reihe der Kämpfer gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr haben sich die Studenten gestellt. Sie veranstalten Kundgebungen, Demonstrationenmärsche, sie fassen Resolutionen - eine heilige Unruhe geht durch die akademische Jugend, die sich nicht zuletzt durch den Appell der 33 Vertreter des deutschen Geisteslebens an den Stuttgarter SPD-Parteitag heute aufs neue angespornt fühlt, ihr Teil zur Abwendung der tödlichen Gefahr für die Menschheit beizutragen.

Nicht einmal die Böswilligen im Lande werden der studentischen Protestbewegung nachsagen können, sie halte sich nicht an Gesetz und Recht und durchlöchere mit Vorbedacht die staatsbürgerliche Ordnung. Natürlich: die Jugend geht auf die Strasse - aber das sind keine "wilden" Aktionen, keine Aufrührereien, dazu angetan, den örtlichen Polizeigewalten Anlass zum Einschreiten zu geben. Die Demonstrationen werden ordnungsgemäss angemeldet und verlaufen, wie alle bisherigen Erfahrungen beweisen, ohne jeden Zwischenfall.

Es sei denn, man provoziert einen Zwischenfall! Das ist in München geschehen: 200 Studenten veranstalteten einen Schweigemarsch gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, nachdem in öffentlicher Kundgebung Erich Kästner und die Professoren Dr. Fässler und Dr. Graf von Stauffenberg gesprochen hatten. Es war ein lizenzierter Marsch, wohlgeordnet. Aber die Studenten begingen ein schreckliches Verbrechen, das nach Polizeiauffassung zum Sturz der demokratischen Ordnung hätte führen können. Sie marschierten nämlich schweigend ein paar hundert Meter zu weit. Am Münchener Kiskalt-Platz hätten sie Halt machen müssen, aber weil die Regie im Augenblick wohl recht klappte, lief die Spitze des Zuges noch ein Stückchen weiter. Die Folge: Mit Sirenengeheul und dornernen Lautsprechern führen einige Polizeiwagen in den Demonstrationszug hinein, als gelte es einen Staatsstreich zu verhindern. Ein Pfeifkonzert war die Antwort, als schliesslich ganze Heere von Polizisten aus den Überfallkommandos sprangen, um auf handgreifliche Weise für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Wären die Studenten nicht so besonnen gewesen und wären sie nicht der Aufforderung ihrer Führer, nach Hause zu gehen, diszipliniert gefolgt - es hätte dank der "Ordnungshüter" eine Schlägerei von seltenen Ausmassen gegeben.

Die Münchener Bevölkerung, die durch Spalierstehen ihre Sympathie für die Demonstration gegen den Atomtod bekundete, ist empört. Der Skandal vom Kiskalt-Platz ist Stadtgespräch. Selbst diejenigen Bürger, die bisher wenig Interesse an der Volksbewegung nahmen, stellen die sorgenvolle Frage, wohin es wohl in der Bundesrepublik noch kommen werde, wenn schon ein Schweigemarsh junger Menschen, die um die Erhaltung des Friedens in Deutschland und in der Welt bemüht sind, derartige polizeistaatliche Aktionen auslöst. Auftakt waren die nicht vergessenen Hausdurchsuchungen bei den Mitgliedern des "Komitees gegen Atomrüstung".

So geht es nicht weiter! Es kann nicht geduldet werden, dass friedliche Demonstranten wie Verbrecher behandelt werden. Darf heute einer nicht mehr sagen, dass er nicht den Atomtod sterben will? Ja, ist die Staatsraison sogar schon gefährdet, wenn zweihundert junge Menschen ihren Protest durch Schweigen ausdrücken und dabei harmlos eine Strassenecke weiter laufen, die in der Polizeigehrigung nicht vermerkt war? In München machen sich die Methoden des Polizeistaats breit.